

Kehrtwende bei Zulassungsfrage

Wer die Erlaubnis der Schwertransporte übernehmen soll



Bastian Hauck

06.11.2025, 11:00 Uhr



i

Großraum- und Schwerlasttransporte sind das Tagesgeschäft des Unternehmens Herbert Morschhäuser Transport GmbH aus Dörth (Rhein-Hunsrück-Kreis). Die Firma ist auf offene Transporte mit Tiefladern, also Anhängern von Lastwagen, spezialisiert. Für die Spezialspeditionen sind vorherige Prüfungen und Genehmigungen erforderlich.

Wojciech Pusz/Morschhäuser

Bevor ein Schwertransport über die Straßen rollt, muss er genehmigt werden. Dafür sind die Kommunen zuständig. Verkehrsministerin Schmitt (FDP) wollte die Zulassung beim LBM zentralisieren. Nach heftigem Widerstand gibt es nun eine 180-Grad-Wende.

Lesezeit 3 Minuten



Es gibt eine überraschende Wende in der Diskussion um die Zulassungszuständigkeit von Großraum- und Schwerlasttransporten: Eine Zentralisierung der Genehmigung der Transporte beim Koblenzer Landesbetrieb Mobilität (LBM) ist vom Tisch. Stattdessen soll eine landesweit verantwortliche, zentrale Erlaubnis- und Genehmigungsbehörde bei der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz eingerichtet werden. Während das Mainzer Wirtschaftsministerium von Daniela Schmitt (FDP) sich zu Fragen zurückhaltend gibt, bestätigt die Pressestelle des Kreises Mayen-Koblenz die Recherche unserer Zeitung.

Für die Spezialspeditionen sind vorherige Prüfungen und Genehmigungen erforderlich – aus Gründen des Schutzes der Straßeninfrastruktur sowie der Verkehrssicherheit. Zurzeit sind die Städte und Kreise für die Zulassung der Spezialfahrten zuständig. Hierfür bekommen sie Gebühren. Der Kreis Mayen-Koblenz gehört mit rund 15.000 Anträgen im Jahr zu den antragsstärksten Kreisen in ganz Rheinland-Pfalz. Im Jahr erhält er hierfür nach eigenen Angaben rund 1,2 Millionen Euro. Bis zu 90 Prozent der landesweiten Antragsverfahren werden von den drei Kreisen Mayen-Koblenz, Rhein-Hunsrück und Bernkastel-Wittlich bearbeitet.

Die mitunter Wochen andauernde Genehmigung von Großraum- und Schwerlasttransporten sollte nach dem Willen der Landesregierung und der Wirtschaftsministerin zentralisiert werden, so an Tempo aufnehmen. Hierfür sollte beim LBM eine zentrale Stelle aufgebaut werden. Doch das Vorhaben traf

auf massiven Widerstand, von Transportunternehmen, vom rheinland-pfälzischen Landkreistag, aber vor allem aus dem Kreis Mayen-Koblenz.



Landrat Marko Boos (SPD) forderte vehement, die Zulassung der Spezialtransporte bei den zuständigen Kommunen zu belassen. Der SPD-Politiker warnte für den Fall einer Zentralisierung beim LBM vor einem Fachkräfte-Personalabbau in den kommunalen Verwaltungen, eine noch langsamere Antragsbearbeitung sowie negativen Erfahrungen wie in anderen Bundesländern. Boos sprach sich für eine Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) aus. Die kommt nun.

Der Kreis Mayen-Koblenz soll die Aufgabe der zentralen Einwilligung zusammen mit weiteren Verwaltungen im Rahmen einer Interkommunalen Zusammenarbeit übernehmen, wie die Kreispressestelle in Koblenz informiert. Dem Kreis käme eine koordinierende Rolle zu. Es würde um die Bündelung von Fachwissen, die Vereinheitlichung von Prozessen und eine enge Abstimmung zwischen den beteiligten Verwaltungen gehen.



Zur Einordnung: Die Landesregierung von Ministerpräsident Alexander Schweitzer (SPD) ist trotz der kleinteiligen Struktur des Bundeslandes gegen eine kommunale Gebietsreform. Stattdessen setzen Innenminister Michael Ebling (SPD) und die kommunalen Spitzenverbände auf das Modell der IKZ, also mehr Aufgabenteilung. IKZ-Verbünde sollen zum Beispiel gemeinsame zentrale Buß- oder Auftragsvergabestellen einrichten.

Damit ist aber auch klar: Die von Wirtschaftsministerin Schmitt favorisierte Lösung einer zentralen Schwertransport-Genehmigungsbehörde beim LBM in Koblenz kommt nicht. Beim LBM ist zurzeit die zentrale Anhörungsbehörde für Antragstellungen außerhalb von Rheinland-Pfalz verortet.

Abläufe sollen vereinfacht und beschleunigt werden

Landrat Boos sagt unserer Zeitung zur neuen Entwicklung: „Diese Lösung verbindet das Beste aus beiden Welten – die Erfahrung und Nähe der kommunalen Behörden mit den landesweiten Anforderungen an Effizienz und Einheitlichkeit.“ Man werde nun mit den anderen Akteuren an der konkreten Ausgestaltung arbeiten, um die Genehmigungsverfahren zu optimieren und die Erwartungen der Wirtschaft an eine moderne Verwaltung zu erfüllen, so Boos.

Es sei das Ziel, die Abläufe zu vereinfachen, zu beschleunigen und die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu erhöhen.

Werden denn die Gebühren, die der Kreis Mayen-Koblenz bekommt, mit der neuen Rolle künftig steigen? Nicht unbedingt. Die Pressestelle antwortet, dass der Kreis sich für eine dauerhafte finanzielle Beteiligung aller am Projekt Mitwirkenden einsetze. Ziel sei „eine faire Beteiligung bei gegenseitiger Unterstützung und die nachhaltige Absicherung einer funktionierenden Verwaltungsstruktur“.



Großraum- und Schwertransporte

Schmitt will entbürokratisieren – und erfährt Gegenwehr

Bevor ein Schwertransport über die Straßen rollt, muss er genehmigt werden. Dafür sind in RLP die Kreise zuständig. Verkehrsministerin Schmitt will das zentralisieren und so Bürokratie abbauen. Doch es gibt Widerstand aus gleich mehreren Richtungen.



Bastian Hauck

am 09.04.2025



Zulassung Schwertransporte

Landrat Boos rebelliert gegen Pläne der Landesregierung

Die Genehmigung von Groß- und Schwerlasttransporten soll nach dem Willen von Wirtschaftsministerin Schmitt zentralisiert werden. Das sieht ein Bürokratieabbau-Paket vor. Doch das Vorhaben trifft auf Widerstand – vor allem aus dem Kreis Mayen-Koblenz.



Bastian Hauck

am 10.04.2025

Die Frage unserer Zeitung, warum die Wirtschaftsministerin das Ziel einer zentralen Erlaubnis- und Genehmigungsbehörde beim LBM in Koblenz aufgibt, beantwortet Daniela Schmitt wie folgt: Entscheidend sei nicht, wo die zentrale Stelle angesiedelt sei, sondern dass sie leistungsfähig sei und die Verfahren für die Wirtschaft spürbar beschleunige. Schmitt sagt: „Wir wollen eine moderne, effiziente Genehmigungsstruktur, die Fachwissen bündelt, für einheitliche Standards sorgt und der Wirtschaft verlässliche Abläufe bietet.“

Und wie geht es nun weiter? Die Kreisverwaltung Mayen-Koblenz arbeite auf allen Ebenen an der Umsetzung der geplanten zentralen Erlaubnis- und Genehmigungsbehörde, erklärt die Kreispressestelle. Mit den Verwaltungen Rhein-Hunsrück, Bernkastel-Wittlich sowie Kaiserslautern stehe man im

Austausch. Anfang Dezember soll es ein weiteres Treffen in Wittlich geben. Es sei geplant, auch Vertreter der Praxis in den Umsetzungsprozess einzubinden.